



Kantonsrat

Sitzung vom: 7. Mai 2013, vormittags

Protokoll-Nr. 221

Nr. 221

Motion Lorenz Priska und Mit. über die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments (M 314). Erheblicherklärung

Priska Lorenz begründet die am 29. Januar 2013 eröffnete Motion über die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte sie an der Motion fest.

Im Namen des Regierungsrates ist Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Die Eigeninitiative der Gruppe von Jugendlichen, welche ein kantonales Jugendparlament gründen will, ist sehr erfreulich. Die demokratische Gesellschaft der Schweiz baut darauf auf, dass Kinder und Jugendliche zu aktiven und engagierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern heranwachsen. Wenn die künftigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits im Kindes- oder Jugendalter Zugang zu politischen Fragen und Erfahrungen erhalten, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit für eine politische Teilnahme im Erwachsenenalter¹.

Wie dem Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) mit dem Titel „Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik“ zu entnehmen ist, stellt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch auf Bundesebene - neben Schutz und Förderung - ein zentrales Element der staatlichen Ausrichtung der schweizerischen Kinder- und Jugendpolitik dar. „Der Bundesrat misst der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine hohe Bedeutung bei, insbesondere auch deshalb, weil im politischen System der direkten Demokratie das Erlernen von demokratischen Spielregeln und die Motivation für die Teilnahme am politischen Geschehen besonders wichtig sind (2008: 27)“.

Entscheidend für das Gelingen der politischen Partizipation von Heranwachsenden ist ein altersgerechter Zugang. Dabei spielen die persönliche Nähe und der eigene Bezug zu den politischen Themen eine wesentliche Rolle. In Jugendparlamenten auf Gemeindeebene können greifbare und lebensnahe Themen, wie z. B. die Neugestaltung eines öffentlichen Parks, am besten aufgenommen und behandelt werden. Kommunale Jugendparlamente eignen sich daher als Instrument zur Förderung der politischen Partizipation. Im Kanton Luzern sind uns zurzeit Jugendparlamente in fünf Gemeinden bekannt². In der Stadt Luzern existiert neben dem Jugendparlament auch ein Kinderparlament.

Den Zugang zur politischen Partizipation auf Gemeindeebene fördert auch die Fachstelle Gesellschaftsfragen mit Mitteln aus dem Lotteriefonds. Gemeinden, welche die Abstimmungsbroschüre "easyvote" an ihre Jugendlichen abgeben oder die einen Tag "Jugend Mit Wirkung" durchführen, werden finanziell unterstützt. Die Abstimmungsbroschüre "easyvote" des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente informiert Jugendliche vor kantonalen und

¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2004): „mitWirkung!“ – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

² Emmen, Escholzmatt, Rothenburg, Luzern, Wauwil

eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen politisch neutral, in einfacher Sprache, optisch ansprechend. In dem von [Infoklick.ch](http://infoklick.ch) entwickelten Modell "Jugend Mit Wirkung" geht es um einen Tag, an dem Jugendliche und Erwachsene einer Gemeinde gemeinsam in Arbeitsgruppen konkrete Projekte erarbeiten und die Umsetzung planen.

Neben der Sensibilisierung der Jugendlichen für die politische Arbeit auf Gemeindeebene ist es sinnvoll, ihnen auch Zugang zur politischen Arbeit auf Kantons- und Bundesebene zu ermöglichen. Die eidgenössische Jugendsession gewährt Jugendlichen aus allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, an der eidgenössischen Politik teilzuhaben. Durch die gesetzliche Verankerung der eidgenössischen Jugendsession im Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG, SR 446.1) hat der Bundesrat die Bedeutung der Jugendsession nochmals unterstrichen.

Vor diesem Hintergrund erachten wir eine institutionalisierte Beteiligungsform auf kantonaler Ebene grundsätzlich als positiv. Sie bietet den Jugendlichen des Kantons Luzern die Möglichkeit, ihre Ansichten und Vorstellungen zu platzieren, ihr demokratisches Wissen auszubauen und in der Praxis anzuwenden. Es stellt sich aber die Frage, ob ein kantonales Jugendparlament die dafür geeignetste Form ist. Damit ein Jugendparlament funktionsfähig ist und bleibt, benötigt es über einen langen Zeitraum ein verpflichtendes Engagement zahlreicher Jugendlicher. Diese Jugendlichen müssen über mehrere Jahre bereit sein, alle vier bis sechs Wochen an Sitzungen und Sessionen teilzunehmen. Sogar Jugendparlamente auf Gemeindeebene haben immer wieder damit zu kämpfen, dass die engagierten Jugendlichen aus dem Jugendalter herauswachsen und sich kein Nachwuchs finden lässt. Der Generationenwechsel stellt jeweils eine existenzielle Herausforderung dar. Hinzu kommt, dass die Anforderungen durch die Komplexität und Abstraktheit der Themen eines kantonalen Jugendparlaments relativ hoch sind. Je weiter die kantonalen Themen von der direkten Lebenswelt der Jugendlichen entfernt sind, desto anspruchsvoller wird es für sie, sich in diese Themen einzuarbeiten und einzudenken. Insbesondere Jugendliche mit einem eher bildungsferneren Hintergrund sind deshalb nur schwer erreichbar.

Anstelle eines Jugendparlaments schlagen wir daher die Einführung eines Jugend-Kantonsrat-Tages vor, wie dies bereits im Jahr 2009 mit dem Postulat über die Schaffung eines Luzerner Jugend-Kantonsrat-Tages (P 399) von Christina Reusser und Mitunterzeichnenden gefordert worden ist. Das Postulat wurde am 11. Juli 2009 erheblich erklärt. Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung der Sempacher Gedenkfeier im Jahr 2011 fand auf der Schlachtwiese in Sempach bereits ein Jugend-Kantonsrats-Tag in Form einer Jugend-Debatte statt. Ein Jugend-Kantonsrat-Tag steht allen Jugendlichen offen, gerade auch solchen, die bisher noch nicht stark politisch engagiert sind. Er findet regelmässig in einem Abstand von ein oder zwei Jahren statt. Jugendliche aus dem ganzen Kanton erhalten dort Gelegenheit, über ein aktuelles politisches Thema mit Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu diskutieren und ihre Anliegen zu deponieren. Jugendliche, welche an einem Jugend-Kantonsrat-Tag teilnehmen, brauchen sich nicht über längere Zeit zu verpflichten, haben aber dennoch die Gelegenheit, erste politische Erfahrungen zu sammeln. Mit Blick über die Kantongrenze hinaus zeigt sich, dass sich diese Form auf kantonaler Ebene bewährt. So führen z.B. die Kantone Bern, Solothurn, Uri und Zug seit mehreren Jahren erfolgreich solche Veranstaltungen durch.

Die Einführung und die kontinuierliche Begleitung eines Jugend-Kantonsrat-Tages als Daueraufgabe benötigt erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen. Die Erfahrungen mit dem Jugend-Kantonsrats-Tag an der Jubiläumsveranstaltung der Sempacher Gedenkfeier 2011 und von anderen Kantonen mit solch einem Gefäss zeigen, dass für den Aufbau mit einem personellen Aufwand von rund 300 Stunden gerechnet werden muss. Nach der Einführung als Dauerangebot muss weiterhin mit jährlich rund 200 Arbeitsstunden gerechnet werden. Die Kosten für die Durchführung belaufen sich jährlich auf ca. 10'000 Franken. Der Aufwand und die Ressourcen für ein kantonales Jugendparlament wären bedeutend höher.

Das Postulat über die Schaffung eines Luzerner Jugend-Kantonsrat-Tages (P 399) wurde mit der Jahresrechnung 2010 mit der folgenden Begründung abgeschrieben: "Das ZUFG, in welchem die Forderungen des Postulats erfüllt worden wären, wurde in der Referendumsab-

stimmung vom 13. Juni 2010 abgelehnt. Wir wollen nun unabhängig davon ein Kinder- und Jugendleitbild erarbeiten und in diesem Rahmen auch die Frage der Partizipation am politischen Leben prüfen. Die politische Partizipation der Jugend wird überdies in der Sempacher Debatte im Rahmen der Neugestaltung der Sempacher Gedenkfeier gefördert."

Der Regierungsrat hat im Dezember 2012 die Dienststelle Soziales und Gesellschaft des Kantons Luzern beauftragt, ein kantonales Kinder- und Jugendleitbild zu erarbeiten.

Wir empfehlen, im Rahmen dieser Arbeiten die Umsetzung eines Jugend-Kantonsrat-Tages anstelle der Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments anzugehen. Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, die Motion in diesem Sinne als Postulat erheblich zu erklären."

Priska Lorenz hält an der Motion fest. Sie bitte den Rat, eine echte Mitsprache der Jugendlichen im Kanton Luzern zu unterstützen. Die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments sei nicht ihre Idee gewesen. Es sei die Idee von engagierten Jugendlichen im Kanton. Sie geniesse die Unterstützung der Jungen CVP, der Jungfreisinnigen, der JUSO, der Jungen Grünen sowie der Jugendparlamente aus der Stadt Luzern, aus Escholzmatt, Rothenburg und Wauwil. Es sei ein breites Anliegen aus der jungen Generation der Kantonsbevölkerung. Sie sei erfreut, dass die Regierung das Ziel der politischen Partizipation der Jugendlichen sehe und erkannt habe, dass Luzern hier Nachholbedarf habe. Es genüge nicht, eine einmalige Jugenddebatte durchzuführen. Sie hoffe, dass auch der Kantonsrat die Notwendigkeit einer verbesserten Mitsprache der Jugend befürworte. Jugendliche hätten einen anderen Blickwinkel als Erwachsene. Auch seien junge Menschen in der Politik generell untervertreten. Entgegen der landläufigen Meinung seien Jugendliche sehr wohl an Politik interessiert. Auch seien sie im Stande, sich eine eigene Meinung zu bilden. Viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte seien bestimmt schon während des Wahlkampfs an einem Podium in einer Schule gewesen und hätten sich davon überzeugen können. Der Vorschlag der Regierung, die Motion als Postulat entgegenzunehmen und anstelle eines kantonalen Jugendparlaments einen Jugend-Kantonsrat-Tages einzuführen, sei doch immerhin ein erster Schritt. Es zeuge aber nicht aber gerade von Vertrauen in die Jugendlichen. An einem Jugend-Kantonsrat-Tag könnten die Jugendlichen zwar untereinander und mit den Kantonsrätinnen und Kantonsräten diskutieren, etwas verändern könnten sie aber nicht. Eine solche Scheinpartizipation berge Frustrationspotential in sich. Erst das Antrags- und Anhörungsrecht mache das Mitmachen in einem Jugendparlament oder an einem Jugend-Kantonsrat-Tag wirklich attraktiv. Die Jugendlichen würden erst ernst genommen, wenn ihnen die Möglichkeit geboten werde, Einfluss zu nehmen und Veränderungen zu bewirken. Es könne darüber diskutiert werden, wie das kantonale Jugendparlament zu organisieren sei. Ein Konzept der Initiativgruppe liege zwar vor, es sei aber auch eine ausgebaute kantonale Jugendsession denkbar. Ein einziger Tag, um ein wenig zu diskutieren, sei nicht ausreichend. Es müsse ein institutionalisiertes Mitspracherecht geben.

Damian Müller unterstützt die Motion im Namen der FDP-Fraktion. Die beiden Antworten zur Anfrage A 307 und zur Motion M 314 widerspiegeln die Haltung der Regierung gegenüber der kantonalen Jugendpolitik. Es müsse gefolgert werden, dass die Jugendpolitik bis anhin im Kanton nicht als zukunftsgerichtete Aufgabe angesehen worden sei. Jugendpolitik gehöre weder allein zur Bildung noch zum Sozialbereich. Die Jugendpolitik durchdringe alle Bereiche der Gesellschaft und umfasse das Gemeinwesen als Ganzes. Reformen in der Jugendpolitik seien nur dann nachhaltig, wenn sie zu einem Thema in allen Bereichen werde. Die Wörter "Jugend" und "Politik" seien keine Gegensätze sondern würden die Politik mit der Gesellschaft verbinden. Für die FDP-Fraktion sei es wichtig, dass sich die jungen Menschen früh mit der Politik beschäftigten. Nur so könne gewährleistet werden, dass das politische Milizsystem weitergeführt werde und sich die Gemeinden, Regionen und das Land weiterentwickeln könnten. Schneesportlager, Fussballlager, Leichtathletiklager, Musiklager und vieles andere mehr gebe der Jugend die Möglichkeit, sich nach ihren Wünschen weiter zu entwickeln. Die Förderung in der Politik bleibe bis heute auf der Strecke. Ein Jugend-Kantonsrat-Tag sei für die FDP-Fraktion eine Alibi-Veranstaltung, die den Bedürfnissen und Anliegen der Jugendlichen nicht nachkommen könne. In einem Jugendparlament würden die

Jugendlichen lernen, die eigene Meinung zu vertreten und Kompromisse zu schliessen. Die künftigen gesetzlichen Erlasse sollten auch auf Jugendfreundlichkeit überprüft werden. Den Jugendlichen solle der politische Prozess ohne Zwang und Vorschriften vermittelt werden. Ein Jugendparlament sei keine VIP-Veranstaltung und solle ehrenamtlich durchgeführt werden. Die Jugend müsse spüren, dass sie von der Politik und vom Staat ernst genommen werde. Die Politiker würden an allen Fronten für Glaubwürdigkeit kämpfen. Nun könnte der erste Schritt gemacht werden und das Politik-Kompetenzzentrum Luzern gebildet werden. Priska Galliker erklärt, die CVP-Fraktion unterstütze mehrheitlich die Erheblicherklärung als Postulat. Die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments stehe im direkten Zusammenhang mit dem neuen eidgenössischen Gesetz zur Kinder- und Jugendförderung. Es gebe bereits 12 installierte Jugendparlamente in der Schweiz. Mit dem neuen Gesetz werde es bestimmt noch zu einer Zunahme kommen. Es gebe im Kanton auch Jugend- und Kinderräte sowie Kinder- und Jugendparlamente. Die Antwort der Regierung nehme dieses Anliegen auf. Sie schlage aber statt einem Parlament auch die Variante eines Jugend-Kantonsrat-Tages vor. Diese Variante sei anlässlich der Sempacher Gedenkfeier im Jahr 2011 getestet worden. Die Regierung führe aus, diese Variante sei viel weniger kostenintensiv, die Jugendlichen müssten sich nicht über eine längere Zeit verpflichten, und es sei trotzdem eine gute Plattform um politische Erfahrungen zu sammeln. Man hoffe auch, dass Jugendliche mit einem eher bildungsfernen Hintergrund erreichbar seien. Der Regierungsrat möchte den Vorstoss deshalb als Postulat entgegennehmen. Die CVP-Fraktion erachte es als wichtig, dass zuerst das Kinder- und Jugendleitbild erarbeitet werde. Damit solle der klare Auftrag aus Bern zur Förderung der Jugend für die politische Arbeit in den Kantonen umgesetzt werden. Die CVP-Fraktion unterstütze mehrheitlich den Antrag der Regierung mit der Begründung, dass ein Jugend-Kantonsrat-Tag mit viel weniger Aufwand relativ rasch realisiert werden könne. Die CVP-Fraktion sei aber nicht der Meinung, dass damit ein Jugendparlament in der Zukunft ausgeschlossen sei. Sie sehe dies als Möglichkeit für einen ersten Schritt in diese Richtung. Mit dem Jugend-Kantonsrat-Tag erhielten die Jugendlichen Zeit und die Möglichkeit, erste politische Sporen abzuverdienen und auch die nötigen Personen für die anspruchsvolle Parlamentsarbeit auszubilden. Die CVP-Fraktion sei auch der Ansicht, dass es für den Jugend-Kantonsrat-Tag oder eventuell auch zwei im Jahr politische Rechte geben müsse. Nur so könne er ernst genommen werden und sich weiterentwickeln. Der Kanton Luzern könne sich Zeit lassen, um ein eigenes Luzerner Modell zu entwickeln.

Markus Baumann unterstützt die Motion im Namen der GLP-Fraktion. Partizipation für Jugendliche bedeute Mitgestaltung, Mitwirkung und Teilnahme am gesellschaftlichen Zusammenleben. Auch schaffe Partizipation Selbstvertrauen, fördere eine gesunde Entwicklung und trage zur Integration bei. Echte Partizipation schaffe auch das Recht, sich aktiv beteiligen zu können. Partizipation sei gelebte Demokratie, von der junge Menschen nicht ausgeschlossen werden dürften. Die Motion fordere genau diese Möglichkeit der politischen Partizipation für Jugendliche. Der Regierungsrat würdige in seiner Antwort die Eigeninitiative der Jugendlichen. Auch bei der Erarbeitung des kantonalen Kinder- und Jugendleitbildes spiele die Mitwirkung von verschiedenen Jugendorganisationen eine wichtige Rolle. Es lasse sich sicher über die Form der politischen Beteiligung diskutieren. Ob es ein kantonales Jugendparlament oder jährliche, nicht zweijährliche, Jugendsessionen sein würde, sei noch offen. Wichtig und unbestritten seien aber die politischen Kompetenzen bei der Partizipation. Eine echte Partizipation brauche die Möglichkeit zur Stellungnahme bei Vernehmlassungen und eine Beratungsfunktion bei jugendrelevanten Themen. Auch brauche es ein Auskunfts- und Postulatsrecht. In der Antwort des Regierungsrates werde das Thema Partizipation zu wenig mutig, zu vage und zu unverbindlich angegangen.

Nino Froelicher stimmt der Motion im Namen der Grünen Fraktion zu. Die Grüne Fraktion anerkenne das ausgewiesene Interesse der Jugendlichen, in der Form einer institutionalisierten Organisationseinheit, einem Jugendparlament mit Antrags- und Anhörungsrecht, politische Partizipation zu erreichen. Interessierte Jugendliche könnten so Erfahrungen im Parlamentarismus machen und damit an einer Form von politischem Engagement schnuppern. Das Gemeinwesen sei auf motivierte Köpfe angewiesen, dies sei besonders in Zeiten der Fall, in denen es immer schwieriger werde, nicht Polit-Profis für den Kantonsrat zu gewinnen. Ein Jugendparlament sei also im Interesse von allen, die den Parlamentarismus hochhalten würden. Für die Grüne Fraktion sei aber gleichzeitig der Einbezug von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheide und Prozess wichtig, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht für den Weg des Parlamentarismus interessierten oder ganz andere Prioritä-

ten hätten. Es sei deshalb für die Grüne Fraktion auch kein Widerspruch ein Sowohl-als-auch zu fordern. Die Grüne Fraktion stimme der Schaffung des Jugendparlaments zu, wolle aber mit geeigneten Massnahmen auch diejenigen abholen, die auf niederschwellige Partizipationsformen ansprechen würden. Weitere Partizipationsformen müssten im neuen Kinder- und Jugendleitbild ihren Niederschlag finden. Dies müsse mit dem Fokus auf Niederschwelligkeit und auf offene und situative Kinder- und Jugendmitwirkung mit einer klaren Unterscheidung nach Bedürfnissen von Kindern bis 12 Jahre und von Jugendlichen geschehen. Für solche Ansätze mit Modellcharakter liessen sich auch Finanzhilfen vom Bund generieren. Dies sei sehr wichtig, denn die Lebensphase des Kindes und die des Jugendlichen würden heute so weit auseinander liegen wie zwei verschiedene Sonnensysteme. Die Grüne Fraktion erwarte, dass im Leitbildprozess nicht nur das Jugendparlament, sondern eine breite Palette von Prozessen angestossen und realisiert werde.

Marcel Zimmermann bittet den Rat im Namen der SVP-Fraktion, die Motion abzulehnen. Die SVP-Fraktion unterstütze die Mitsprache von jungen Menschen voll und ganz. Ein Jugendparlament sei nicht das geeignete Instrument. Die Regierung schreibe dies auch in ihrer Antwort. Eine Einflussnahme sollte auf Gemeindeebene beginnen. Das könne in speziellen Jugendräten oder auch in Kommissionen geschehen. Beispiele seien Einwohnerräte, gemeinderätliche Kommissionen, Jugendkommission, soziale Kommission, Baukommission usw. Auch ein Mitwirken in den Parteien sei möglich. Konkrete Anliegen könnten direkt, und nicht über den Umweg mit einem Jugendparlament eingebracht werden. Die entsprechenden Parlamentarier könnten diese Anliegen danach in die Gemeindeversammlungen, in die Kommissionen oder in das Parlament tragen. Es könnten auch Podien oder eine Vorstoss-Werkstatt veranstaltet werden. Die Teilnahme der Jugendlichen an solchen Anlässen sei aber enttäuschend. Dies trotz grossem Werbeaufwand mit Facebook und Flyern. In den anderen Kantonen zeige sich ein ähnliches Bild. Im Kanton Solothurn sei das Jugendparlament nach kurzer Zeit wieder aufgelöst worden. Im Kanton Basel-Stadt sei das Jugendparlament auch aufgelöst worden, die JUSO-Präsidentin habe gesagt, ein solcher Rat bringe nichts. Im Kanton Basel-Landschaft sei ein Jugendparlament mit vier Sitzungen im Jahr überfordert gewesen. Dort sei die Auflösung nur eine Frage der Zeit. Auch in der Stadt Luzern gebe es ein Jugendparlament, aber auch dort sei keine grosse Aktivität zu spüren. Der Kanton Obwalden habe letzthin deutlich Nein gesagt zu einem Jugendparlament.

Damian Müller beantragt, die Abstimmung über die Motion unter Namensaufruf durchzuführen.

Marcel Omlin erklärt, in Rothenburg gebe es kein Jugendparlament. Es gebe dort allerdings einen Jugendrat. Dieser habe vor drei Jahren die 1.-August-Feier organisieren dürfen. Ein einziger des Rates, derjenige, der die Ansprache gehalten habe, sei auf dem Platz gewesen. Das sei bedenklich. Jungpolitiker könnten sehr aktiv werden, auch ohne dass sie vorher in einem Parlament geschult worden seien.

Räto B. Camenisch erklärt, er würde jetzt nicht hier im Parlament sitzen, wenn es seinerzeit kein Jugendparlament gegeben hätte. Anfang der 1960er-Jahre sei er während drei Jahren in einem Jugendparlament gewesen. Dieses habe im Grossratssaal tagen dürfen und sei vom Kanton finanziell unterstützt worden. Auch sei er während eines Jahres im damaligen Jugend-Nationalrat gewesen. Das Politvirus habe er dort eingefangen. Es stelle sich aber die Frage, weshalb dieses Parlament nicht mehr existiere. Es habe eine sehr aktive Phase gegeben, aber irgendwann sei die Sache ausgelaufen, weil der Generationenwechsel von jungen Leuten sehr schnell gehe. Dadurch sei die Kontinuität nicht gewährleistet. Deshalb gebe es sehr viele Auflösungen von Parlamenten. Wenn ein solches Parlament geschaffen werde, müsse man sich um die Kontinuität sorgen. Es brauche einen Apparat, der bei den Jugendlichen immer wieder das Interesse für dieses Parlament wecke. Er befürchte aber, dass damit eine Institution geschaffen würde, die Probleme schaffen könnte. Es werde etwas gefordert, das sehr unberechenbar sei. Der Vorschlag der Regierung, in einem ersten Schritt einen Jugend-Kantonsrat-Tag durchzuführen, sei nicht schlecht. Danach könne beurteilt werden, wie hoch das Interesse sei.

Ylfete Fanaj bittet den Rat, die Motion zu unterstützen. Demokratie koste etwas. Auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte kosteten, ob sie nun mehr oder weniger produktiv seien. Dass die Jugend eine Stimme habe, müsse allen etwas wert sein. Auch die Massnahmen in der Kinder- und Jugendförderung sollten etwas kosten dürfen. Ein kantonales Jugendparlament alleine könne nicht funktionieren. Es müsse in eine umfassende Kinder- und Jugendförderung eingebettet sein. Die politische Partizipation müsse nicht nur über das Parlament

gewährleistet sein, es müssten auch andere Formen über die Quartiere, die Vereine, den Sport und die Schule mit einbezogen werden. Die Schaffung des Kinder- und Jugendleitbilds sei ein guter Anlass, um mit dem kantonalen Jugendparlament eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Die Jugend, die am Ende die politische Verantwortung für das jetzige Handeln übernehmen müsse, solle jetzt auch eine Stimme erhalten.

Andrea Gmür fordert den Rat auf, die Motion als Postulat zu überweisen. Eine Kinder- und Jugendförderung sei absolut wünschenswert und wichtig. Auch sie habe grosse Sympathien für ein kantonales Jugendparlament. In der Stadt Luzern gebe es ein Kinder- und ein Jugendparlament. Würde man die Jugendlichen fragen, würden bestimmt alle ein Jugendparlament für eine gute Idee halten. Wenn aber die Frage gestellt würde, wer bereit sei, hier mitzuarbeiten, einen regelmässigen Einsatz zu leisten, würden viel weniger Jugendliche dies wirklich wollen. Der Kompromiss der Regierung für einen Jugend-Kantonsrat-Tag sei eine sehr gute Alternative. Bei der Jugenddebatte in Sempach seien 30 bis 40 Jugendliche bereit gewesen, mitzuarbeiten. Dies sei schlussendlich doch eine relativ geringe Anzahl. Es brauche noch einen höheren und längerfristigeren Einsatz. Dann wäre sicher auch ein kantonales Jugendparlament gerechtfertigt.

Christina Reusser betont, es gebe keinen Unterschied zwischen den Jugendlichen und den Erwachsenen. Auch die Erwachsenen hätten Probleme damit, die Listen füllen zu können. Es werde nun gesagt, die Sache müsse langsam angegangen werden. Der Kanton Luzern habe noch keine Grundlage für die Jugendpolitik und sei deshalb im Vergleich mit anderen Kantonen im Verzug. Wenn die Sache ernst genommen werden wolle, müsse jetzt vorwärtsgemacht werden. Es frage sich auch, ob es denn nicht eine Pflicht sei, die Jugendlichen zu fördern, wenn das demokratische System aufrechterhalten werden wolle. Den Jugendlichen müsse die Möglichkeit gegeben werden, etwas Bewirken zu können.

Trix Dettling unterstützt die Motion. Was von der CVP-Fraktion zu hören sei, empfinde sie als ziemlich mutlos. Nun gebe es wieder das Argument, es müsse zuerst ein Jugend-Kantonsrat-Tag durchgeführt werden, danach könne man weiterschauen. Genau das sei ja bereits in Sempach gemacht worden. Die Jugendlichen hätten dort gesagt, sie hätten gerne ein Parlament. Jetzt könne nicht wieder gesagt werden, man müsse halt schauen, was die Jugendlichen wollten. Sie möchte doch sehr darum bitten, an die Jugendlichen zu glauben und ihnen eine Chance zu geben.

Priska Lorenz bittet den Rat, der Motion zuzustimmen. Es sei logischerweise nicht sehr attraktiv, wenn ein Jugendrat nichts Anderes machen könne als eine 1.-August-Feier zu organisieren. Es sei deshalb auch verständlich, dass nicht so viele Jugendliche anwesend gewesen seien. Es müsse ein Jugendparlament geschaffen werden, das etwas bewirken könne. Dadurch werde die Arbeit auch attraktiver. Es seien viele Beispiele genannt von Kantonen genannt worden, in denen das Jugendparlament nicht funktionieren würde. Dabei sei unterschlagen worden, was tatsächlich funktioniere. In der Westschweiz und im Tessin gebe es funktionierende kantonale Jugendparlamente. Auch der Kanton Zürich sei daran, ein Parlament aufzubauen. Zudem gebe es sehr viele Gegenbeispiele von Jugendlichen, die sich längerfristig engagierten, beispielsweise in Jugendorganisationen und Sportvereinen. Auch die Initiativgruppe, die ein kantonales Jugendparlament schaffen wolle, habe einen erstaunlich langen Atem angesichts der Tatsache, dass noch nichts geschaffen sei.

Romy Odoni fragt sich, welches Zeichen an die Jugend ausgesandt werde, wenn nicht der Motion, sondern nur einer halbherzigen Lösung zugestimmt werde. Sportlich und musikalisch dürften sich die Jugendlichen wohl weiterbilden, in die politische Bildung wolle man aber nicht viel investieren. Das sei überhaupt keine Antwort auf den Einsatz, welchen sehr viele Jugendlichen hier zum Voraus geleistet hätten. Die Zukunft liege bei der Jugend. Die Bereitschaft müsse deshalb vorhanden sein, in diese zu investieren. Es genüge nicht, hier etwas Theoretisches zu machen, es brauche auch die Möglichkeit, Erfahrungen in der Praxis zu machen. Werde diese Forderung nicht unterstützt, werde den Jugendlichen signalisiert, dass man in sie kein Vertrauen habe. Das kantonale Jugendparlament müsse ja nicht von Beginn weg ein absoluter Erfolg sein. Das sei bei anderen Projekten von Erwachsenen auch nicht der Fall.

Vroni Thalmann betont, es sei nicht nötig, dass mit staatlicher Hilfe etwas geschaffen werden. Es gebe im Kanton Luzern beispielsweise eine Jung-SVP, die bereits selber eine Initiative gestartet habe.

Angela Lüthold lehnt die Motion ab. Sie fragt sich, weshalb die Jugendlichen nicht von der Möglichkeit Gebrauch machten, an den Gemeindeversammlungen teilzunehmen. Sie stelle

fest, dass seit den letzten zwanzig Jahren praktisch keine Jugendlichen mehr an den Gemeindeversammlungen teilnehmen würden. Sie sei der Ansicht, dass die Jugendlichen nur über das Portemonnaie zu motivieren seien.

Pius Zängerle unterstützt die Motion. Als häufiger Teilnehmer an Podien mit Jugendlichen und als einer der wenigen Kantonsräte, die an der Jugenddebatte in Sempach präsent gewesen sei, stimme er aus voller Überzeugung der Motion zu. Es sei richtig und wichtig, dass die Jugendlichen einbezogen würden. Wenn man die Betroffenen zu Beteiligten mache, würden auch die Jugendlichen mitdiskutieren. Beteiligt sei man, wenn man etwas zu sagen habe und ernst genommen werde. Im November sei in der Gemeindeversammlung in Adligenswil über einen Beitrag der Gemeinde an das Pfadiheim abgestimmt worden, da die Gemeinde sehr lange taube Ohren gehabt habe. Die Jugendlichen seien da präsent gewesen, weil es um ihre Zukunft gegangen sei. Es sei wichtig, dass jetzt ein Zeichen gesetzt und die Motion unterstützt werde.

Hans Stutz betont, bezüglich Gemeindeversammlungen müsse er festhalten, dass es in der Agglomeration, die etwa die Hälfte des Kantons ausmache, Parlamente und nicht Gemeindeversammlungen gebe. Dazu komme, dass viele Jugendlichen kein Stimm- und Wahlrecht hätten, um an der Gemeindeversammlung teilnehmen zu können. Alle Strukturen, die von Menschenhand geschaffen würden, seien künstlich, ob es sich da um den Kantonsrat oder um etwas Anderes handle. Die Finanzierung spiele bei der Struktur keine Rolle. Auch halte er fest, dass auch die Jungen Grünen Grosses zustande gebracht hätten.

Markus Baumann betont, Jugendsessionen seien eine einfache und niederschwellige Möglichkeit, dass Jugendliche Sachpolitik und nicht bereits Parteipolitik betreiben könnten. Die Bemerkung, dass sich Jugendliche nur über das Portemonnaie motivieren liessen, sei respektlos.

Im Namen des Regierungsrates bittet Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf den Rat, die Motion als Postulat erheblich zu erklären. Betreffend Zielsetzung gebe es keine Differenzen. Es sei wichtig, dass die Jugend möglichst schnell in das politische Geschehen integriert werde. Das dürfe auch etwas kosten, denn es sei eine wichtige Investition für die Zukunft. Im Namen des Regierungsrates könne er auch sagen, dass er anfänglich ein Jugendparlament gewollt habe. Die Fachleute hätten dann aber geraten, den ersten Schritt mit dem Jugendkantonsrat-Tag zu machen. Wenn dies funktioniere, könne der zweite Schritt zum Jugendparlament gemacht werden.

Der Rat stimmt dem Antrag auf Namensaufruf von Damian Müller zu. Das nötige Drittel wurde erreicht.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat mit 65 gegen 45 Stimmen die Erheblicherklärung der Motion der Erheblicherklärung als Postulat vor.

In der definitiven Abstimmung stimmen für die Erheblicherklärung der Motion die folgenden 78 Damen und Herren:

Amstad Heinz, Baumann Markus, Beeler Silvana, Born Rolf, Brücker Urs, Bucher Guido, Bucher Peter, Bühler Adrian, Burkard Ruedi, Candan Hasan, Dalla Bona Johanna, Dettling Trix, Dissler Josef, Durrer Guido, Duss Heidi, Eggerschwiler Hedy, Fanaj Ylfete, Freitag Charly, Frey Monique, Frey Heidi, Froelicher Nino, Furrer Sepp, Galliker Priska, Gehrig Markus, Gloor Daniel, Gmür Andrea, Graber Michèle, Greter Alain, Heer Andreas, Hess Ralph, Hofer Andreas, Hunkeler Damian, Hunkeler Yvonne, Kaufmann Pius, Keller Irène, Knüsel Marie-Theres, Kottmann Raphael, Krummenacher Martin, Kunz Urs, Langenegger Josef, Leuenberger Erich, Lichtsteiner Inge, Lorenz Priska, Lötscher Trudi, Mathis Oskar, Meier Hildegard, Meile Katharina, Mennel Jacqueline, Meyer Jürg, Moser Andreas, Müller Damian, Odermatt Markus, Odermatt Samuel, Odermatt Marlene, Odoni Romy, Pardini Giorgio, Peyer Ludwig, Rebsamen Heidi, Reusser Christina, Roth David, Roth Stefan, Schmassmann Norbert, Schmid Rosy, Schurtenberger Helen, Sommer Reinhold, Staubli David, Stucki Walter, Stutz Hans, Suntharalingam Lathan, Töngi Michael, Truttmann Susanne, Widmer Herbert, Willi Thomas, Wismer Priska, Wüest Franz, Zängerle Pius, Zemp Yvonne und Zopfi Felicitas.

In der definitiven Abstimmung stimmen für die Ablehnung der Motion die folgenden 35 Damen und Herren:

Aregger André, Aregger Hans, Arnold Erwin, Arnold Robi, Bossart Rolf, Bründler Bernadette, Bucher Franz, Bucher Hanspeter, Camenisch Räto B., Dahinden Erwin, Furrer Nadia, Gisler Franz, Graber Christian, Hartmann Armin, Helfenstein Gianmarco, Hermetschweiler Rolf, Keller Daniel, Knecht Willi, Lang Barbara, Lüthold Angela, Lütolf Jakob, Müller Guido, Müller Pius, Oehen Thomas, Omlin Marcel, Roos Marlis, Schärli Thomas, Schmid Werner, Stöckli Ruedi, Thalmann Vroni, Troxler Jost, Winiger Fredy, Winiker Paul, Zimmermann Marcel und Zurkirchen Peter.

Abwesend sind die folgenden 6 Damen und Herren:

Graber Toni, Ineichen Luzia, Meier Patrick, Pfäffli Angela, Schmid Bruno und Zosso Peter.

Gemäss § 16 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates (Kantonsratsgesetz) stimmt der Kantonsratspräsident Urs Dickerhof nicht mit.

Der Rat erklärt die Motion mit 78 gegen 35 Stimmen erheblich.